



**Tagesordnung für die 5. öffentliche Sitzung des  
Personal- und Organisationsausschusses  
in der Wahlperiode 2023/2027 am 18.06.2024**

**Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2024	14/2024
3	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 18.06.2024	16/2024
4	Vorlagen/Vorträge	
4.1	Haushaltsabschluss 2023 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1)	13/2024
4.2	Digitalisierung der Stadtverwaltung hier: Erfolgreicher Abschluss von Schlüsselprojekten	15/2024
4.3	Anerkennung eines 0,23 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung	17/2024
4.4	Verlängerung des 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik	18/2024
4.5	Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für	19/2024

	das Sozialamt, Abteilung „Sonstige Hilfen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“	
4.6	Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildungs- und Teilhabegut-scheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen	20/2024
4.7	Anerkennung von zusätzlichen 3,6 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen	21/2024
4.8	Anerkennung eines 0,625 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung "Organisation/Stellenbewertung" des Personal-amtes	22/2024
4.9	Anerkennung von 3,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung des Projektes "Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt	23/2024
5	Anträge	
6	Anfragen	
7	Mitteilungen	
8	Verschiedenes	

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 14/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

**Genehmigung der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2024**

Die Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 11.03.2024 ist zu genehmigen.

**Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Entwurf der Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung



# N i e d e r s c h r i f t

über die 4. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der  
Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2024

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:24 Uhr

## Teilnehmer/innen:

### **Ausschussvorsitzender**

Herr Bürgermeister Neuhoff

### **SPD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann  
Herr Stadtverordneter Hoffmann  
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner  
Frau Stadtverordnete Ruser  
Herr Stadtverordneter Viebrok

### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Hilck  
Frau Stadtverordnete Kargoscha  
Frau Stadtverordnete von Twistern (ab 16:02 Uhr)

### **BD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

### **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Frau Stadtverordnete Coordes

### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB (ab 16:05 Uhr)

### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

### **Gruppe AfD**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

### **Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)**

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

### **Schriftführung**

Herr Adomeit

**Weitere Teilnehmer:**

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky  
Frau Adomeit, Amt 11  
Herr Jacob, Magistratskanzlei  
Herr Jochim, BIT  
Frau Busch-Cole, BIT  
Frau Nordmann, BIT  
Amt 14: entschuldigt

Gesamtpersonalrat:

entschuldigt

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Herr Strechel

Personalrat Bauverwaltung:

Herr Saß

Personalrat Schulen:

Frau Looser

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Herr Matkowski

Herr Bürgermeister Neuhoff begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Hoffmann als neuem Ausschussmitglied. Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgemäß versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

**1. Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 30.01.2024**

**5/2024**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Hoffmann, Jürgewitz)

**3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV**

**3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 11.03.2024**

**12/2024**

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Frau Coordes fragt zur laufenden Nr. 1 des Sachstandsberichts „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“, welche der Stellen nicht besetzt seien. Da die Frage während der Sitzung nicht beantwortet werden kann, erfolgt die Beantwortung zu Protokoll.

Antwort zu Protokoll:

Die 7,75 Stellen Pakt ÖGD sind überwiegend besetzt. Offen sind:

0,5 Stelle Sachbearbeitung Gesundheitsberichterstattung und Controlling und 2,0 Stellen Sachbearbeitung Abrechnungswesen, Zuwendungsrecht und Sozialbestattungen.

#### 4. Vorlagen/Vorträge

##### 4.1. Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2023 6/2024

Herr Polansky weist ergänzend darauf hin, dass es im Jahr 2023 für den Ausschussbereich 1 keine Korruptionsverdachtsfälle gegeben habe.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den in der Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

##### 4.2. Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (02/2024) – Vortrag Herr Jacob (Magistratskanzlei) 7/2024

Wortmeldungen: Herr Baumann-Duderstaedt, Frau Coordes, Herr Freemann, Frau Kirschstein-Klingner

In Ergänzung des ersten Berichtes zum Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes informiert Herr Jacob (Magistratskanzlei) über die tägliche Arbeitssituation des Digitalisierungsbüros. Es sei Herausfordernd, die Organisationseinheiten der Stadtverwaltung wiederkehrend um die Beschreibung der eigenen Verwaltungsleistungen zu bitten. Nur mit einer daraus entstehenden vollständigen Dienstleistungsbeschreibung sei eine angestrebte Transformation von analog auf digital möglich. Die fertigen Dienstleistungsbeschreibungen und daraus bereits teilweise entstandene Online-Dienste werden im neu designten Bürgerservice auf der bremerhaven.de dargestellt. Herr Jacob erläutert den Ausschussmitgliedern die Suchfunktionen, die auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst worden seien.

Auf Nachfrage von Herrn Freemann beschreibt Herr Jacob die aktuellen Schwierigkeiten bei der Anbindung von iKfz. Mit diesem Online-Dienst wird es perspektivisch möglich sein, Kraftfahrzeuge online an- und abzumelden. Auf weitere Nachfragen von Herrn Baumann-Duderstaedt und Frau Coordes zur Möglichkeit Dienstleistungsbeschreibungen und Online-Dienste auch in anderen Sprachen anzubieten, erläutert Herr Jacob die primären Ziele des Onlinezugangsgesetzes. Gleichwohl sei es zum geplanten Relaunch der bremerhaven.de denkbar, entsprechende Tools bereitzustellen. Er zeigt sich überzeugt, dass standardisierte Darstellungen von Dienstleistungsbeschreibungen geeignet seien, um mit browserbasierten Bedienungshilfen vergleichbare Ergebnisse zu erzielen.

Anlässlich der Frage von Frau Kirschstein-Klingner berichtet Herr Jacob über die Zusammenarbeit mit den bremischen Ressorts. Diese sei durch Erstellung eines Bremerhaven-Handbuches in einigen Fällen leichter geworden, in anderen Fällen sei es allerdings nach wie vor problematisch bei Gesprächspartner:innen in Bremen ein eindeutiges Rollenverhalten (Stadt/Land) auszumachen.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (02/2024) zur Kenntnis.

**4.3. Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen im Bürger- und Ordnungsamt, Abteilung "Migration und Einbürgerung" 8/2024**

Wortmeldungen: Herr Baumann-Duderstaedt, Herr Polansky

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (2,0 VZÄ Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA) und 2,0 VZÄ Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet bis zur Rechtskraft des Haushaltes 2024/2025 für das Bürger- und Ordnungsamt, Abteilung „Migration und Einbürgerung“.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Jürgewitz, Tiedemann)

**4.4. Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Lehrmeister:innen für das Schulamt 9/2024**

Wortmeldungen: Herr Kocaaga

Herr Kocaaga teilt mit, dass er bereits im Schulausschuss darauf hingewiesen habe, dass es nicht realistisch sei, einen Meister mit der Bezahlung nach Entgeltgruppe 9a (TV-L) zu finden.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur und der Zustimmung der Senatorin für Kinder und Bildung, die Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Lehrmeister:innen, Entgeltgruppe 9a TV-L (Entgeltordnung/TV-L)) für das Schulamt.

Zum nächstmöglichen Haushalt ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Jürgewitz)

**4.5. Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Berufscoach" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes 10/2024**

Wortmeldungen: Herr Polansky, Frau Tiedemann

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen „Berufscoach“ (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich Bewertung) für die Jugendberufsagentur des Schulamtes.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Jürgewitz, Tiedemann)

Frau Tiedemann stellt fest, dass der Schulausschuss bereits im November 2023 einen Beschluss hierzu gefasst habe und fragt, warum die Vorlage erst jetzt auf der Tagesordnung des Personal- und Organisationsausschusses stehe und warum es keinen

Stellenplanantrag gebe. Da die Fragen von Frau Tiedemann während der Sitzung nicht beantwortet werden können, sagt Herr Polansky deren Beantwortung zu Protokoll zu.

Antwort zu Protokoll:

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat die Vorlage am 28.11.2023 beschlossen. Der Personal- und Organisationsausschuss hat nachfolgend am 05.12.2023, 30.01.2024 und schließlich am 11.03.2024 getagt. Vorlagenschluss für den 05.12.2023 war am 14.11.2023, Vorlagenschluss für den 30.01.2024 war am 09.01.2024. Die Zuschrift des Fachamtes für die Erstellung der P+O-Vorlage erreichte das Personalamt am 26.01.2024. Vor dem Hintergrund des dargestellten zeitlichen Verlaufs war eine P+O-Befassung vor dem 11.03.2024 nicht möglich. Warum das Schulamt keinen Stellenplanantrag gestellt hatte, ist dem Personalamt nicht bekannt; dies wurde nunmehr nachgeholt.

**4.6. Umsetzungsstand der in der Zuständigkeit des Personalamtes zu bearbeitenden prioritären Klimaschutzmaßnahmen des kommunalen Klimaschutzaktionsplans 11/2024**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstand zur Umsetzung der kommunalen Klimaschutzmaßnahmen S-BHV-IW-62 und S-BHV-BW-80 zur Kenntnis. Die Maßnahme S-BHV-BW-80 wird als abgeschlossen bewertet. Zur Maßnahme S-BHV-IW-62 wird das Personalamt um erneute Berichterstattung Ende 2024 gebeten.

Beschluss: Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen (Herr Jürgewitz, Frau Tiedemann)

**5. Anträge**

**6. Anfragen**

**7. Mitteilungen**

**8. Verschiedenes**

---

Torsten Neuhoff  
Bürgermeister

---

Adomeit  
Schriftführer

<b>Vorlage Nr. 16/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

**Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 18.06.2024**

Der Ausschussvorsitzende des Personal- und Organisationsausschusses hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

**Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

Lfd. Nr.	Beschluss-datum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	21.09.2022	<b>53/2022</b> Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien hier: Energieberater:innen für die Implementierung und Aufrechterhaltung eines Energiemanagementsystems für kommunale Liegenschaften	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	1,0 Stelle: Auswahl erfolgt, 1,0 Stelle: neue Stellenbeschreibung in der Abstimmung
2	21.02.2023	<b>4/2023</b> Anerkennung von 14,0 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen hier: Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien für die Kindertagesbetreuung	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stellen überwiegend (9,0 Stellen) besetzt, weitere Einstellungen für diesen Durchgang geplant
3	21.02.2023	<b>9/2023</b> Anerkennung von 2,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen im Rahmen der Ausweitung der Erstaufnahme von unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kindern und Jugendlichen (umA) in Bremerhaven - TISCHVORLAGE	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	2,0 Stellen (Sozialpädagog:in) besetzt 0,5 Stelle (Verwaltungstätigk.) erfolglos ausgeschrieben, weiteres Verfahren in der Abstimmung
4	17.04.2023	<b>32/2023</b> Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes für die Verwaltung	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Umsetzung erfolgt nach Rückmeldung aus dem Fachamt

		der Feuerwehr				
5	17.04.2023	<b>35/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs „Koordination Schulverpflegung“ und eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs „Ausschreibung Schulverpflegung“ in der Abteilung „Haushalt und Schulbetrieb“, Sachgebiet „Schulbetrieb“ des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	1,0 besetzt; 0,5 Ausschreibung in der Vorbereitung
6	17.04.2023	<b>37/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Geschäftsstelle des Bremerhavener Migrationsrates - Sozialreferat	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Erneute Ausschreibung in Vorbereitung
7	17.04.2023	<b>39/2023</b> Anerkennung eines 1,0 befristet überplanmäßigen Bedarfes Migrationsbeauftragte:r, eines 1,0 befristet überplanmäßigen Bedarfes Veranstaltungsmanager:in und eines 1,0 unbefristet überplanmäßigen Bedarfes Arbeitsvermittler:in (Ü 25) für das Jobcenter Bremerhaven	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	1,0 Verantst.manager:in: Besetzung durch die BA 1,0 Arbeitsvermittler: kein Beschluss der Trägerversammlung 1,0 Migrationsbeauftragte:r: Ausschreibung in Vorbereitung
8	17.04.2023	<b>41/2023</b> Anerkennung von üpl. Bedarfen verschiedener Ämter zur Umsetzung der	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	14,0 Stellen besetzt bzw. Auswahl erfolgt; weitere Verfahren ausgesetzt

		sog. Fastlane-Maßnahmen als Ausfluss der Klimastrategie 2038 des Landes Bremen				
9	26.09.2023	<b>50/2023</b> Anerkennung eines befristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarfs Medienpädagog:in /Sozialpädagog:in und eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfs Verwaltungsfachangestellte:r für die Dauer von zwei Jahren für das Projekt „Digitale Selbstverteidigung von Mädchen“	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung
10	26.09.2023	<b>56/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Koordination der Vorbereitungen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung von Grundschulkindern und Schulstandortplanung im Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Stellenbeschreibung in der Abstimmung
11	26.09.2023	<b>63/2023</b> Anerkennung eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes „IT-Support für Grundschulen“ für die Abteilung Medienzentrum des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
12	26.09.2023	<b>69/2023</b> Anerkennung eines 0,5 unbefristeten	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt

		überplanmäßigen Bedarfes "Datenverarbeitung und Controlling" für das Schulamt				
13	26.09.2023	<b>45/2023</b> Bewilligung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes „Sachbearbeitung Stipendiat:innen, Werkstudierende u. a.“ für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Stellenbeschreibung in der Abstimmung
14	26.09.2023	<b>67/2023</b> Anerkennung von üpl. Bedarfen für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien und das Amt für Straßen- und Brückenbau zur Umsetzung der Fastlane-Maßnahmen im Zusammenhang mit Klimastrategie 2038 des Landes Bremen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Verfahren ausgesetzt
15	26.09.2023	<b>65/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs "Zentralredaktion bremerhaven.de" sowie von 1,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Content Creator:in Social Media" für die Magistratskanzlei	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Content Creator: Besetzung erfolgt Zentralredaktion: im Ausschreibungsverfahren
16	26.09.2023	<b>55/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes Jugend-	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt

		bildungsreferent:in queere Jugendarbeit für die Abteilung Jugend- und Frauenförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen				
17	26.09.2023	<b>75/2023</b> Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Überprüfung der Raumbedarfe beim Magistrat der Stadt Bremerhaven"	beschlossen	Magistratskanzlei	In Bearbeitung	Berichtspflicht Herbst 2024
18	05.12.2023	<b>47/2023</b> Bewilligung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes „Referent:in Schulbau“ für das Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Bewertung ausstehend
19	05.12.2023	<b>48/2023</b> Anerkennung eines 0,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes „Selbstbewirtschaftung/Ausstattung“ für die Abteilung „Haushalt und Schulbetrieb“ des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
20	05.12.2023	<b>52/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Stadtbibliothek Bremerhaven hier: Zentralbibliothek	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung
21	05.12.2023	<b>54/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Bewertung ausstehend

		überplanmäßigen Bedarfes zur Unterstützung Bremerhavener Kulturträger für das Kulturamt				
22	05.12.2023	<b>76/2023</b> Anerkennung von 10,0 überplanmäßigen befristeten Bedarfen für das Bürger- und Ordnungsamt aufgrund der Europawahl 2024	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stellen teilweise (5 Stellen) besetzt
23	05.12.2023	<b>77/2023</b> Anerkennung von 1,5 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen „IT-Support für Grundschulen“ für die Abteilung Medienzentrums des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
24	05.12.2023	<b>81/2023</b> Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft für die Atemschutzwerkstatt der Feuerwehr Bremerhaven	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit dem Fachamt
25	05.12.2023	<b>84/2023</b> Anerkennung eines 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Gesundheitsamt im Rahmen des Projektes „Gesundheitsfachkräfte an Schulen“	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Finanzierung aus Drittmitteln zurzeit nicht gesichert; weiteres Verfahren i. d. Abstimmung
26	30.01.2024	<b>2/2024</b> Anerkennung von 2,0 befristeten	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung

		überplanmäßigen Bedarfen „Sozialarbeiter:innen Obdachlosenhilfe“ für das Sozialamt				
27	30.01.2024	<b>3/2024</b> Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Sozialreferat im Rahmen des Netzwerkes Digitalambulanzen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
28	11.03.2024	<b>8/2024</b> Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen im Bürger- und Ordnungsamt, Abteilung "Migration und Einbürgerung"	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stellen werden im Juni im Rahmen der Übernahme von Auszubildenden sowie mit Absolventen des Angestelltenlehrgangs II besetzt
29	11.03.2024	<b>9/2024</b> Anerkennung von 8,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Lehrmeister:innen für das Schulamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	4,0 Stellen im Ausschreibungsverfahren
30	11.03.2024	<b>10/2024</b> Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen "Berufscoach" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

<b>Vorlage Nr. 13/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Haushaltsabschluss 2023 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1)**

**A Problem**

Gemäß § 14 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2023 in Verbindung mit Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven, sind die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse der Ausschussbereiche auf der Grundlage des 14. Monats dem zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis zu geben.

**B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der oben genannten Rücklagenrichtlinie zur Kenntnis, dass die im Bereich des Ausschussbereiches 1 angesiedelten Teilhaushalte zum 14. Monat 2023 mit folgenden Kapitelsalden abgeschlossen haben:

Kapitel	Soll	IST 14. Monat	Kapitalergebnis IST zu Soll
6001 Magistrat	-2.049.590,00	-2.211.583,21	-161.993,21 €
6002 Magistratskanzlei	-1.391.320,00	-1.601.175,19	-209.855,19 €
6003 Referat Innenrevision/Antikorruption	-158.980,00	-144.444,07	14.535,93 €
6023 Personalamt	-4.776.600,00	-5.072.329,18	-295.729,18 €
6024 Informations- und Kommunikationstechniken	-6.077.740,00	-6.316.108,40	-238.368,40 €
6026 Gesamtpersonalrat	-415.950,00	-414.337,52	1.612,48 €
6027 Einzelpersonalräte	-776.200,00	-770.939,99	-4.739,99 €
6028 Frauenbeauftragte	-4.290,00	-5.020,13	-730,13 €
6030 Arbeitssicherheit	-283.540,00	-291.006,90	-7.466,90 €
6070 Zensus	0,00	3.134,38	3.134,38 €
6990 Zentral veranschlagte Personalausgaben (Übrige Verwaltung)	-25.007.690,00	-18.156.902,10	6.850.787,90 €
	<b>Budgetergebnis</b>		<b>5.951.187,69 €* </b>

\*Der positive Saldo aus dem Budgetabschluss des Ausschussbereiches 1 wurde zur anteiligen Deckung des Defizits im Gesamthaushalt des Magistrats der Stadt Bremerhaven herangezogen.

**C Alternativen**

Keine

#### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Die Vorlage selbst entfaltet keine finanziellen Auswirkungen. Der Beschlussvorschlag hat keine personalwirtschaftlichen und keine klimaschutzzielrelevanten Auswirkungen und für die Genderrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte. Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen oder jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

#### **E Beteiligung / Abstimmung**

Stadtkämmerei

#### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Eine Veröffentlichung nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) wird gewährleistet.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse des Ausschussbereiches 1 auf der Grundlage des 14. Monats 2023 zur Kenntnis.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 15/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

## **Digitalisierung der Stadtverwaltung hier: Erfolgreicher Abschluss von Schlüsselprojekten**

### **A Problem**

Der Magistrat (Vorlage I/ 91/2019) sowie die Stadtverordnetenversammlung (Vorlage V 32/ 2019) haben das Konzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen. In dem Konzept werden diverse Schlüsselprojekte aufgeführt und beschrieben, die die Transformation zu einer „digitalen Stadt“ ermöglichen sollen. Aufgrund einer enorm hohen Innovationsgeschwindigkeit ist davon auszugehen, dass die Digitalisierung keinesfalls als Projekt betrachtet werden kann, welches mit dem Erreichen von Zielen als abgeschlossen zu bezeichnen ist. Auf neue Fragestellungen werden immer schneller Antworten gefunden werden müssen. In den letzten Monaten konnten im Rahmen der beschriebenen Transformation mehrere Schlüsselprojekte ausgebaut bzw. erfolgreich abgeschlossen werden.

### **B Lösung**

Die Magistratskanzlei (Digitalisierungsbüro) hat den in der Anlage beigefügten Bericht über den erfolgreichen Abschluss von Schlüsselprojekten der Digitalisierung der Stadtverwaltung erstellt. Zu diesen Schlüsselprojekten gehören die Breitbandanbindung sämtlicher Schulstandorte und aller städtischen Kindertagesstätten, dem Ausbau von freiem und behördlichem WLAN an Standorten der Stadtverwaltung sowie insbesondere die Annahme und medienbruchfreie Bearbeitung von elektronischen Rechnungen.

### **C Alternativen**

Keine.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlages**

Die Berichterstattung selbst hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Klimaschutzrelevante Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Für eine Thematisierung der Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine Anhaltspunkte. Eine besondere Betroffenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nicht ersichtlich. Besondere Belange der Menschen mit Behinderung, des Sports oder eines Stadtteils sind ebenso nicht betroffen.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Betrieb für Informationstechnologie abgestimmt.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

**G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht über den erfolgreichen Abschluss von Schlüsselprojekten der Digitalisierung der Stadtverwaltung zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Bericht über den erfolgreichen Abschluss von Schlüsselprojekten der Digitalisierung der Stadtverwaltung

SEESTADT BREMERHAVEN



**Bericht über den  
erfolgreichen Abschluss  
von Schlüsselprojekten  
der Digitalisierung  
der Stadtverwaltung**

Stand Mai 2024

Impressum:

Magistrat der Stadt Bremerhaven,  
vertreten durch den Oberbürgermeister Melf Grantz  
Postfach 21 03 60  
27524 Bremerhaven

Hausanschrift Verwaltungszentrum (Stadthäuser 1 - 6):  
Hinrich-Schmalfeldt-Straße  
27576 Bremerhaven

Telefon: 0471 590-0

E-Mail: Stadtverwaltung at magistrat.bremerhaven.de

Verantwortliche Dienststelle:

Magistratskanzlei  
Hinrich-Schmalfeldt-Straße 42, 27576 Bremerhaven

Lizenz:



*Die Texte dieser Publikation stehen grundsätzlich unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 (CC BY-NC-ND 3.0)“.*

## **Vorbemerkung**

Der Magistrat (Vorlage I/ 91/2019) sowie die Stadtverordnetenversammlung (Vorlage V 32/ 2019) haben das Konzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen. In dem Konzept werden diverse Schlüsselprojekte aufgeführt und beschrieben, die die Transformation zu einer „digitalen Stadt“ ermöglichen sollen. Zwischenzeitlich konnten drei Schlüsselprojekte erfolgreich ausgebaut bzw. abgeschlossen werden.

## **Breitbandanbindung Schulen und städtischer Kindertagesstätten**

Zur zeitgemäßen digitalen Ausstattung einer Schule gehört heute eine breitbandige Internet-Anbindung. Viele Schulen in Bremerhaven waren bisher lediglich mit einem moderat leistungsfähigen DSL-Anschluss ausgestattet. Für die digitale Mediennutzung sowie für die modernen IT-Services war dieser Umstand nicht zukunftsfähig. Daher erfolgte in der AG IT-Strategie bereits 2016/2017 eine dahingehende Beratung, sämtliche Schulstandorte in Bremerhaven mit einer Breitbandanbindung auszustatten, die dem Stand der Technik entspricht. An Standorten, an denen eine Breitbandanbindung über herkömmliche Leitungen nicht möglich war, erfolgt diese über Richtfunk.

Gleichermaßen erfolgte eine Breitbandanbindung sämtlicher städtischer Kindertagesstätten. Die Einführung von Ki-On, einer umfassenden Verwaltungslösung für Kindertagesstätten, ermöglicht neben einer Online-Anmeldung eines Kindes viele weitere Funktionen. Somit war auch in diesen frühkindlichen Bildungseinrichtungen eine zeitgemäße Breitbandanbindung notwendig. Wie auch an einigen Schulstandorten, ist es in einigen Kindertagesstätten aus baulichen Gründen weiterhin unumgänglich, die Anbindung über Richtfunk zu erreichen.

Die Breitbandanbindung ist damit an allen aktuellen Schulstandorten sowie an allen städtischen Kindertagesstätten vollständig abgeschlossen. Die laufenden Kosten werden aus zentralen Mitteln aus dem Kapitel 6024 finanziert. Eine genaue Aufstellung der angebundenen Standorte befindet sich in **Anlage 1** zu diesem Bericht.

## **Annahme und medienbruchfreie Bearbeitung von elektronischen Rechnungen**

Die Annahme und medienbruchfreie Bearbeitung von elektronischen Rechnungen darf ohne Übertreibung als großer Erfolg bezeichnet werden. Der Stadtverwaltung ist es unter der Federführung der Magistratskanzlei und des Betriebes für Informationstechnologie gelungen, eine im Sinne der E-Rechnungsverordnungen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Bremen geforderte Annahme von elektronischen Rechnungen seit dem 27.11.2019 zu gewährleisten. Der für die Projektleitung wichtige Aspekt war jedoch nicht die vorgeschriebene Annahme, sondern gleichermaßen die medienbruchfreie Rechnungsbearbeitung. Innerhalb von 12 Monaten war der Produktivbericht dieser papierlosen Rechnungsbearbeitung unter Berücksichtigung aller rechtlicher und organisatorischer Vorgaben ab Oktober 2021 möglich. Im weiteren Projektverlauf konnten bis Mitte 2022 alle Organisationseinheiten der Stadtverwaltung an diese neue Art der Rechnungsbearbeitung angeschlossen werden. Insgesamt waren das einschließlich aller Schulen sowie aller Mitbestimmungsgremien 87 Standorte.

Nach derzeitigem Stand sind etwa 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der elektronischen Rechnungsbearbeitung betraut. Die Umsetzung erfolgt im ebenfalls durch die Magistratskanzlei eingeführten Dokumentenmanagementsystem enaio der Firma Optimal Systems. Damit wird eine ganzheitliche Rechnungsbearbeitung einschließlich Kontierung, Vier-Augen-Prinzip, Ablage und sogar einer revisionssicheren Ablage und Archivierung möglich. Die Auszahlungen erfolgen weiterhin über das elektronischen Verfahren zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR-Verfahren). Die bearbeiteten Rechnungen werden dafür über eine neu konzipierte Schnittstelle an das HKR-Verfahren übergeben. Neben einer deutlichen Effizienzsteigerung in der Bearbeitung sind weitere

Vorteile u.a. die mögliche Beteiligung von Beschäftigten an Rechnungsbearbeitungsprozessen die in diesem Workflow ohne feste Aufgaben sind (z.B. Kenntnisnahme, Bestellbestätigung, Wareneingang). Ebenso ist ein weiterer Vorteil, dass jede elektronische Rechnung im Dokumentenmanagementsystem ein eigener Vorgang wird. Damit können auch rechnungsbegründende Unterlagen (z.B. Bestellung, Lieferschein) dort elektronisch abgelegt werden.

Neben diesen positiven Effekten kann eine Rechnungsprüfung in diesen Fällen gleichermaßen vollständig elektronisch erfolgen. Selbst zentrale Archivierungs- und Vernichtungsszenarien konnten bei diesem Projekt berücksichtigt werden.

Bislang sind über das landeseigene Rechnungseingangsportal zerika rund **53.000 elektronische Rechnungen** bei der Stadt Bremerhaven eingegangen und konnten medienbruchfrei und somit ressourcenschonend bearbeitet werden.

### **Ausbau von freiem und behördlichem WLAN**

Ein Drahtlos-Netzwerk (WLAN) musste vor einigen Jahren noch als Standortfaktor betrachtet werden. Aus heutiger Sicht ist zumindest ein freies WLAN mit Blick auf deutlich ausgeweitete und technisch revolutionierte Mobilfunknetze mehr und mehr in den Hintergrund geraten. Dennoch gehört ein freies WLAN an stark frequentierten Einrichtungen der Stadtverwaltung heute zum Standard und konnte in den letzten Jahren weiter ausgebaut werden.

Ein Problem, das öffentliches WLAN früher stark behindert hat, spielt mittlerweile keine Rolle mehr: die sogenannte Störerhaftung. Diese kam zum Tragen, wenn über einen WLAN-Zugang zum Beispiel Filme illegal heruntergeladen wurden. Durch eine gesetzliche Neuregelung konnte dieser Hinderungsgrund aufgehoben werden. Die Betreiber können allenfalls noch dazu verpflichtet werden, den Zugang zu solchen Inhalten zu sperren, wenn ihnen das zumutbar ist.

Gleichermaßen ist das behördliche WLAN in den letzten Jahren ausgebaut worden. Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten sowie Beschäftigten, die diesen Service aus dienstlichen Gründen benötigen, wird der Zugang zum WLAN zur Verfügung gestellt. Damit wird ein ortsunabhängiges und gleichzeitig sicheres Arbeiten (z.B. in Sitzungsräumen) möglich.

Die laufenden Kosten werden aus zentralen Mitteln aus dem Kapitel 6024 finanziert. Eine genaue Aufstellung der Standorte mit freiem und behördlichem WLAN befindet sich in **Anlage 2** zu diesem Bericht.

Anlage 1 (Breitbandanbindung):

Organisationseinheit	Art	Bezeichnung	Adresse	Richt-funk
11 A Arbeitssicherheit	Verwaltungsgebäude	Arbeitssicherheit	Brookstr. 1, RH Lehe	-
34 Standesamt	Verwaltungsgebäude	Standesamt	Am alten Hafen 118	RF
37 Feuerwehr (einschl. Rettungsdienst Bremerhaven - Wirtschaftsbetrieb)	Feuerwache	37 Feuerwehr (einschl. Rettungsdienst Bremerhaven - Wirtschaftsbetrieb)	Zur Hexenbrücke 12	RF
40 S Schulische Dienste	Verwaltungsgebäude	ReBUZ (Regionales Beratungs- u. Unterstützungszentrum)	Friedr.-Ebert-Str. 21 - 27	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Allmersschule	Allmersstr. 2	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Altwulsdorfer Schule	Lindenallee, Bremer Str., Sandbredenstr. 11,13	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Amerikanische Schule	Kleiner Blink 8	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Anne-Frank-Schule	Wurster Str. 387	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Astrid-Lindgren-Schule	Fasanenstr. 49	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Fichteschule	Heidacker 9 u.13, Osterstader Str.	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Friedrich-Ebert-Schule	Mecklenburger Weg 174	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Fritz-Husmann-Schule	Debstedter Weg 84	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Heidjerschule (ehemals Fritz-Husmann-Schule II)	Mecklenburger Weg 32	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Fritz-Reuter-Schule	Braunstr. 5	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Gaußschule I (Grundschule)	Gaußstr. 107,	-
		Gaußschule II (Oberschule)	Gaußstr. 98	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Goetheschule	Deichstr. 39	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Gorch-Fock-Schule	Klußmannstr. 10, 11, Stader Str.	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Heinrich-Heine-Schule	Hans-Böckler-Str. 30	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Humboldtschule	Georg-Seebeck-Str. 73, Schillerstr. 8	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Oberschule Geestemünde (Immanuel-Kant-Schule)	Ibbrigstr. 9,11, Flensburger Str. 10, Altonaer Str. 16	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Johann-Gutenberg-Schule	Führenweg 3-19	-

40 Schulamt, Schulen	Schule	Karl-Marx-Schule	Ferdinand-Lassalle-Str. 102	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Lloyd Gymnasium Brhv, Haus Grazer Str.	Bgm.-Martin-Donandt-Platz 7, Grazer Str. 61, Zeppelinstr. 2	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Lloyd Gymnasium Brhv, Haus Wiener Str.	Wiener Str. 3, Bogenstr. 17	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Lutherschule	Dionysiusstr. 52	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Marktschule	Brookstr. 3, 5	-
40 Schulamt, Schulen	Verwaltungsgebäude	Erneueres Gebäude und Turnhalle (Amt 51/5)	Neulandstr. 71, Jacobistr.	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Paula-Modersohn-Schule	Nienburger Str. 15, Dreibergen 21	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Pestalozzischule, Sporthalle Bogenstr.	Am Leher Tor 21	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Schule am Ernst-Reuter-Platz	Hafenstr. 122	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Schule am Leher Markt	Brookstr. 7, 9, Reichenberger Str.	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Surheider Schule	Isarstr. 58	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	SZ Bgm-Smidt KLA u Abendschule	Max-Eyth-Platz 3 + 4	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	SZ CvO, Gymnasium + Oberschule	Schiffd.Chaussee 97, Georg-Büchner-Str. 5, 7, 9, 9A	-
		SZ CvO, Berufliche Schule für Technik	Georg-Büchner-Straße 13	
		SZ CvO, Berufliche Schule für Dienstleistung, Gewerbe und Gestaltung (BS DGG)		
40 Schulamt, Schulen	Schule	SZ Geschwister Scholl, Gymnasium	Walter-Kolb-Weg 2	-
		Berufsbildende Schule Sophie Scholl		
40 Schulamt, Schulen	Schule	Veernschule	Schiffdorfer Chaussee 193	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Werkstattschule Nord, Standort Tonnendachhalle	Hinr.-Schmalfeldt-Str. 26	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Wilhelm-Raabe-Schule	Friedrich-Ebert-Str. 10, Hohenstaufenstr., Wilhelm-Brandes-Str.	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Dep. SaLM (ehem. Zwinglischule)	Lange Str. 88	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Werkstattschule Süd, Standort Auf der Bult	Auf der Bult 20	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Werkstattschule Mitte, Standort Kreishandwerkerschaft	Industriestr. 1 / Columbusstr. 2	-
40 Schulamt, Schulen	Schule	Abendschule (siehe Nr. 33)	Sonnenstr. 22	-

40 Schulamt, Schulen	Schule	Neue Oberschule Lehe (NOL)	Werftstr. 4	-
40 Schulamt Schulen	Schule	Neue Grundschule Geestemünde (NGG), Containerschule. Oberschule nach Ostern 2024	Schillerstr.?	-
40 Schulamt SEFO	Schule	Amt 40 SEFO	Friedr.-Ebert-Str. 29 - 33 - Gebäude 1	-
41 B Stadtbibliothek	Verwaltungsgebäude	Stadtbibliothek (Leherheide)	Hans-Böckler-Str. 39	-
41 Kulturamt	Musikschule	Jugendmusikschule	Grazer Str. 61	-
41 Kulturamt	Verwaltungsgebäude	Kulturladen Wulsdorf	Heidacker 13	-
41 Kulturamt	Verwaltungsgebäude	Kulturladen DLZ Grünhöfe	Auf der Bult 5	-
43 Volkshochschule	Schule	Volkshochschule	Lloydstr. 15	-
45 Historisches Museum Bremerhaven	Museum	Historisches Museum Bremerhaven	An der Geeste 16	-
45 Historisches Museum Bremerhaven	Lager	Historisches Museum Bremerhaven / Lager	Bussestr. 5A, 6A	-
46 Stadttheater	Verwaltungsgebäude	Stadttheater	Theod.-Heuss-Platz 10	RF
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Grünhöfe	Auf der Bult 10	-
50 Sozialamt	Pflegestützpunkt	Pflegestützpunkt	Bürger 29/31	-
50 Sozialamt	Asylunterkunft	Asylunterkunft	Memeler Str. 21	-
50 Sozialamt	Asylunterkunft	Asylunterkunft	Memeler Str. 6 A - D	-
50 Sozialamt	Übergangswohnungen (ÜGW)	ÜGW	Fasanenstr. 14	-
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Altbürgerhaus	Neuelandstr. 48	-
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Ernst-Barlach-Haus	Am Holzhafen 8	-
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Kogge	Goethestr. 23	-
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Wulsdorper Seniorenhus	Bremer Str. 17	-
50 Sozialamt	Seniorentreffpunkte (STP)	STP Ankerplatz	Prager Str. 71	-
50 Sozialamt	Übergangswohnungen (ÜGW)	ÜGW	Rickmersstr. 131	-
50 Sozialamt	Übergangswohnungen (ÜGW)	ÜGW	Wiener Str. 12	-
50 Sozialamt	Verwaltungsgebäude	Betreuungsbehörde	Bürgermeister-Smidt-Str. 20 4. Ebene	-
50 Sozialamt	Verwaltungsgebäude und Schulungsräume		Schifferstr. 42	-
50 Sozialamt	Verwaltungsgebäude und Flüchtlingsunterkunft	Amt 50	Gaußstr. 34	-
50 Sozialamt	Flüchtlingsunterkunft		Schifferstr. 42	-

51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	ASD Stadtteilbüro Süd	Auf der Bult 20	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	ASD Stadtteilbüro Mitte/Elterngeldstelle/ Kinderbeauftragte	Obere Bürger 39 a	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	ASD Stadtteilbüro Nord	Brookstr. 1, 3 (Rathaus Lehe)	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	Dienstleistungszentrum Grünhöfe	Auf der Bult 5	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	Freizeitstätte Carsten-Lücken-Str.	Carsten-Lücken-Str. 18	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Allgemeiner Sozialdienst (ASD)	Freizeitstätte Lehe-Treff	Eupener Str. 3 b	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Verwaltungsgebäude	Vormundschaften/Pflegschaften	Bürgermeister-Smidt-Str. 20, Columbus-Center, 4. Ebene	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Verwaltungsgebäude		Bürgermeister-Smidt-Str. 20 5. Ebene	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Krippe Batteriestr. (Jugendhilfe)	Batteriestr. 7	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Krippe Braunstr.	Braunstr. 6	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita Fremdträger DRK	Kita Eisenbahnstr.	Eisenbahnstr. 8	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita Fremdträger Diakonie	Kita Eilhornstr.	Eilhornstr. 1	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe Fremdträger Diakonie	Krippe Eilhornstr.	Eilhornstr. 8	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita Fremdträger AWO	Kita Ferdinand-Lassalle-Str	Ferdinand-Lassalle-Str. 100	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita Fremdträger DRK	Kita Folkert-Potrykus-Straße	Folkert-Potrykus-Straße 1	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita Fremdträger	Kita Georg-Büchner-Str. / Kita ESV	Georg-Büchner-Str. 17	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Krippe Dresdener Str., Justus-Lion-Weg	Krippe Justus-Lion-Weg 4	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Dependance AWI-Krippe	Köperstr. 12	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Dependance Krippe	Köperstr. 7-9	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Neulandstraße	Neulandstraße 71	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Columbus-Center	Obere Bürger 55	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Dependance Klinikum Reinkenheide	Postbrookstr. 103	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Fröbelkindergarten	Weserstr. 62	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Batteriestr.	Batteriestr. 36	-

51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Brakhahnstr.	Brakhahnstr. 23	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Braunstr.	Braunstr. 5 a	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Dresdener Str.	Justus-Lion-Weg 6	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Frenssenstr. 49 (in der Astrid-Lindgren-Schule)	Frenssenstr. 49	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Julius-Brecht-Str.	Julius-Brecht-Str. 18	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Karl-Lübben-Str.	Karl-Lübben-Str. 1	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Kleiner Blink	Kleiner Blink 6 a	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Mecklenburger Weg	Mecklenburger Weg 107	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Neidenburger Str.	Neidenburger Str. 3	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Neuemoorweg	Ferd.-Lassalle-Str. 68	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Otto-Oellerich-Str.	Otto-Oellerich-Str. 20	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Poststraße	Poststraße / Ecke Eisenbahnstr.	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Robert-Blum-Str.	Kita Robert-Blum-Str. 5	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Spadener Str.	Auf der Eeke 53 (Neubau) / Spadener Str. 10	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Stettiner Str.	Stettiner Str. 22	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Wurster Str.	Wurster Str. 97	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Voßstraße	Voßstraße	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita	Kita Minna Kimm - neu ab 2024	Minna-Kimm-Weg	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Hort - Übergang	Deichstr.	Deichstr. 168	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Hort	Kita Dependance Astrid-Lindgreen-Schule	Frenssenstr. 49	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Verwaltungsgebäude	Rathaus Lehe	Brookstr. 1, 3	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Verwaltungsgebäude	Amt 51 (ehem. Amt 53 Containment Scouts)	Twischlehe 29	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Jugendbeteiligungsraum	Amt 51	Bürger 29	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Verwaltungsgebäude	Amt 51	Twischlehe 29 (ehem. ProFamilia)	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Krippe Am Lunedeich	Am Lunedeich 15	-

51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Kita/Krippe	Kita Kurfürstenstr.	Kurfürstenstr. 4	-
51 Amt für Jugend, Familie und Frauen	Krippe	Krippe Kaistr.	Kaistr. 70	-
52 Amt für Sport und Freizeit	Bauhof	Bauhof Nordsee-Stadion	Am Stadion 10	-
53 Gesundheitsamt	Verwaltungsgebäude	Verwaltungsgebäude Wurster Str.	Wurster Str. 49-51	RF
53 Gesundheitsamt	Verwaltungsgebäude	Beratungsstelle „die Theo“	Lutherstr. 7	-
53 Gesundheitsamt	Verwaltungsgebäude	Beratungsstelle Leherheide	Hans-Böckler-Str. 36 f	-
53 Gesundheitsamt	Verwaltungsgebäude	Mütterberatungsstelle	Vosstr.	-
53 Gesundheitsamt	Verwaltungsgebäude	Sozialpsychiatrischer Dienst, Zentrum für seelische Gesundheit	Hafenstr. 126	-
58 Umweltschutzamt	Verwaltungsgebäude	Klimastadtbüro, Umweltschutzamt	Waldemar-Becké-Platz	-
58 Umweltschutzamt	Verwaltungsgebäude	Amt 58, KSB (Klimastadtbüro)	Waldemar-Becké-Platz 5	-
61, 62, 63, 66	Verwaltungsgebäude	Technisches Rathaus	Fährstr. 20	RF
58 Umweltschutzamt	Verwaltungsgebäude	Umweltschutzamt	Grashoffstr. 7	-
61 Stadtplanungsamt	Verwaltungsgebäude	Amt 61 Büro für das Werftquartier	Am Kohlenkai	-
63 Bauordnungsamt	Verwaltungsgebäude	Wohnungsaufsicht	Bürgermeister-Smidt-Str. 20 4. Ebene	-
66 Amt für Straßen- und Brückenbau	Bauhof	Zentraler Bauhof	Zur Hexenbrücke 11	-
67 Gartenbauamt	Friedhof	Friedhof Lehe	Dwarsweg 10	-
67 Gartenbauamt	Friedhof	Friedhof Wulsdorf	Weserstr. 169	-
67 Gartenbauamt	Friedhof/Krematorium	Friedhof Spadener Höhe inkl. Krematorium	Spadener Str. 130	-
67 Gartenbauamt	Pflegebezirk	Pflegebezirk Süd/Bauhof	Zur Hexenbrücke 11	-
67 Gartenbauamt	Pflegebezirk	Pflegebezirk Bürgerpark	Adolf-Hoff-Weg 22	-
67 Gartenbauamt	Pflegebezirk	Pflegebezirk Nord	Parkstr. 28 a	-
67 Gartenbauamt	Sonstiges	Park, Thieles Garten	Mecklenburger Weg 100	-
91 Bürger- u. Ordnungsamt	Verwaltungsgebäude	Bürgerbüro Mitte (Neelmeyer-Bank-Gebäude)	Am Alten Hafen 118	-
91 Bürger- u. Ordnungsamt	Verwaltungsgebäude	Verkehrsüberwachung	Rheinstr. 33	-
91 Bürger- u. Ordnungsamt	Verwaltungsgebäude	Amt 91/5 Abteilung für Migration und Einbürgerung	Bürgermeister-Smidt-Str. 20, Columbus-Center, 4. Etage	-
Betrieb für Informationstechnologie (Wirtschaftsbetrieb)	Verwaltungsgebäude	Betrieb für Informationstechnologie (Wirtschaftsbetrieb)	Friedrich-Ebert-Str. 29 - 33	-
Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (AöR)	Verwaltungsgebäude	Entsorgungsbetriebe Bremerhaven Grashoffstraße 6	Grashoffstraße 6	-

Helene-Kaisen-Haus (Wirtschaftsbetrieb), gemeinnützige Einrichtung der Jugendhilfe i. S. KJHG - SGB VIII	Verwaltungsgebäude	Helene-Kaisen-Haus (Wirtschaftsbetrieb), gemeinnützige Einrichtung der Jugendhilfe i. S. KJHG - SGB VIII	Ferd.-Lassalle- Str. 2 + 12	-
Seestadt Immobilien	Verwaltungsgebäude	SI Projekt Außenstelle	H.-Schmalfeldt- Str. 25	-
I/8 Referat für Wirtschaft	Verwaltungsgebäude	Referat für Wirtschaft	Barkhausenstr. 22	-
III und IV Büroräume Jugendberufsagentur	Verwaltungsgebäude	III und IV Büroräume Jugendberufsagentur	Grimsbystraße 1	-
III/1 Sozialreferat	Verwaltungsgebäude	Freiwilligen-Agentur	Bgm.-Smidt-Str. 127	-

Anlage 2 (öffentliches WLAN):

Ort	Ausleuchtung		Name des WLAN
	voll	partiell	
<b>Stadthaus 1</b>		x	
Nordflügel Flure		x	iNET@BIT, Gast@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
237		x	iNET@BIT, Gast@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
238		x	iNET@BIT, Gast@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
140		x	iNET@BIT, Gast@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
<b>Stadthaus 2</b>		x	
57		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
61		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
158		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
163		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
<b>Stadthaus 3</b>	x		
10			iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
304			iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
305			iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
<b>Stadthaus 4</b>		x	
Besucherbereich		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
224		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
<b>Stadthaus 5</b>		x	
Besucherbereich		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
<b>Friedr.-Ebert-Str. 25</b>			
4218		x	iNET@BIT
4221		x	iNET@BIT
4224		x	iNET@BIT
4228		x	iNET@BIT
4314		x	iNET@BIT
<b>Friedr.-Ebert-Str. 29</b>			
SEFO	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
BIT	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven, iNET@8021x, MAG
<b>Einzelstandorte</b> (in chronologischer Reihenfolge der Einrichtung)			
Am Kohlenkai	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Amt37 - ZFW		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Amt41-3 - Jugendmusikschule	x		iNET@BIT, Jugendmusikschule
Amt41b - BIB Leherheide		x	iNET@BIT, 46_Kasse
Amt46 - Stadttheater Bremerhaven	x		iNET@BIT, Stadttheater Bremerhaven
Amt50 - Jugendgästehaus	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven

Amt50 - Wiener Str.	x		iNET@BIT, Sozialamt Wiener Str
Amt51 - Freizi Leherheide	x		iNET@BIT, Freizeitstätte Leherheide
Amt51 - Lehe-Treff	x		Lehe-Treff
Amt51 - Twischlehe		x	iNET@BIT, Verwaltungszentrum Twischlehe
Amt58 - KSB - Klimastadtbüro	x		iNET@BIT, Klimastadtbüro
Amt58 - Umweltschutzamt	x		iNET@BIT, Umweltschutzamt
Amt67 - HEX11 (Gartenbauamt)	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Amt83 - JBA		x	iNET@BIT, Jugendberufsagentur
Columbus Center	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Campus - Wurster-Str	x		iNET@BIT, Verwaltungszentrum Wurster Str
DLZ Grünhöfe		x	iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Kita - CC	x		iNET@KITA
Kita-Spadener-Str.	x		iNET@KITA
Kita Batteriestraße	x		iNET@KITA
Kita Brakhahnstraße	x		iNET@KITA
Kita Braunstraße	x		iNET@KITA
Kita Dresdener Str.	x		iNET@KITA
Kita Frenssenstraße	x		iNET@KITA
Kita Fröbelkindergarten	x		iNET@KITA
Kita Karl-Lübber-Str	x		iNET@KITA
Kita Kleiner Blink	x		iNET@KITA
Kita Mecklenburger Weg	x		iNET@KITA
Kita Neidenburger Straße	x		iNET@KITA
Kita Neuemoorweg	x		iNET@KITA
Kita Otto-Oellerich-Straße	x		iNET@KITA
Kita Poststraße	x		iNET@KITA
Kita Robert-Blum-Straße	x		iNET@KITA
Kita Stettiner Str.	x		iNET@KITA
Kita Voßstraße	x		iNET@KITA
Kita Wurster Str.	x		iNET@KITA
Kita am Lunedeich	x		iNET@KITA
Kita auf der Eeke	x		iNET@KITA
Kita - Minna Kimm	x		iNET@KITA
Kita Julius Brecht Str.	x		iNET@KITA
Krippe AWI	x		iNET@KITA
Krippe Braunstraße	x		iNET@KITA
Krippe Dresdener Straße	x		iNET@KITA
Krippe Kaistraße	x		iNET@KITA
Krippe Klinikum	x		iNET@KITA
Krippe Kurfürstenstraße	x		iNET@KITA
Seniorentreffpunkt - Altbürgerhaus Lehe		x	Hotspots
Seniorentreffpunkt - Ankerplatz		x	Hotspots
Seniorentreffpunkt - Gruenhoeft		x	Hotspots
Seniorentreffpunkt - Kogge		x	Hotspots
Seniorentreffpunkt - Seniorenhaus Wulsdorf		x	Hotspots
Geestbankhaus	x		iNET@BIT, Stadtverwaltung Bremerhaven
Haus der Jugend		x	Hotspots

Historisches Museum		x	Hotsplots
Jugendbeteiligungsraum Buerger29		x	Hotsplots
Seniorentreffpunkt Ernst- Barlach-Haus		x	Hotsplots
Unterkunft Schifferstr		x	Hotsplots
Walter-Kolb-Halle		x	Hotsplots
Freizeittreff Wulsdorf		x	Hotsplots
Freizeittreff Eckernfeld		x	Hotsplots

<b>Vorlage Nr. 17/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Anerkennung eines 0,23 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung**

**A Problem**

Mit Wirkung zum 01.01.2021 wurde zwischen der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE) und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven eine Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Vorhaben geschlossen. Darin wird die Übertragung der notwendigen Mittel an den Magistrat geregelt und das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik mit den für die Umsetzung notwendigen Aufgaben betraut.

Im Jahr 2021 hat der Personal- und Organisationsausschuss einen 0,77 unbefristeten überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA) und im Jahr 2023 zusätzlich einen 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA), befristet bis zum 31.12.2027) anerkannt. Die Finanzierung erfolgt entsprechend der o. g. Vereinbarung durch das Land Bremen. Die vielfältigen Tätigkeiten und vor allem zeitintensiven Prüfungen von Finanzunterlagen können mit diesem Personalbestand nicht mehr bewältigt werden. Das Amt beantragt daher zur Aufstockung des vorhandenen 0,77 Bedarfs einen 0,23 überplanmäßig anerkannten Bedarf, befristet bis zum 31.12.2027.

**B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,23 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2027, für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

**C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

**D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von einer Umsetzung der Stundenerhöhung zum 01.07.2024, entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 7.500 € brutto.

Ab 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 15.000 € brutto/Jahr, bis zum Auslaufen der Befristung mithin insgesamt ca. 45.000 € brutto. Da die Finanzierung

jedoch zu 100% aus Landesmitteln erfolgt, wird der kommunale Haushalt nicht belastet. Eine entsprechende Finanzierungszusage seitens der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration bis 31.12.2027 liegt vor.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 13.05.2024 zugestimmt.

Zu gegebener Zeit sind im Rahmen der Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung der betroffenen Mitarbeiterin die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,23 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2027, für das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik zur Umsetzung von Landesprogrammen und Maßnahmen im Rahmen der mit der Freien Hansestadt Bremen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 18/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Verlängerung des 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik**

### **A Problem**

Seit 2019 werden beim Magistrat der Stadt Bremerhaven in einzelnen Ämtern und Wirtschaftsbetrieben Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des Teilhabechancengesetzes (geförderte Beschäftigung nach § 16e und § 16i SGB II) angeboten. Diese Beschäftigungsverhältnisse enden im August 2025. Aufgrund massiv zurückgegangener Eingliederungsmittel beim Jobcenter ist eine weitere Förderung von Beschäftigungsverhältnissen nach § 16e und § 16i SGB II nicht zu erwarten.

Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik koordiniert und begleitet die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes einschließlich der finanziellen Abwicklung mit den Mittelgebern Jobcenter und Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration. Hierfür wurde im Jahr 2019 ein 1,0 überplanmäßiger Bedarf (Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA), befristet bis zum 31.08.2024) anerkannt. Die Kosten werden über ESF-Mittel des Landes erstattet. Um die existierenden geförderten Beschäftigungsverhältnisse bis zu deren Auslaufen ordnungsgemäß bearbeiten zu können, beantragt das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik die Verlängerung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfes bis zum 31.08.2025.

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Verlängerung des 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik über den 31.08.2024 hinaus, bis zum 31.08.2025.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Im Haushaltsjahr 2024 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 23.250 € brutto. Im Haushaltsjahr 2025 entstehen bis zum Auslaufen der Befristung zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 46.500 € brutto. Da die Finanzierung zu 100% aus Landesmitteln erfolgt, wird der kommunale Haushalt nicht belastet.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 13.05.2024 zugestimmt.

Die zuständigen Mitbestimmungsgremien sind im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Verlängerung des 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Entgeltgruppe 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik über den 31.08.2024 hinaus, bis zum 31.08.2025.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 19/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Anerkennung von 4,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt, Abteilung „Sonstige Hilfen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“**

**A Problem**

Im Abschnitt „Bildung und Teilhabe“ der Abteilung „Sonstige Hilfen“ des Sozialamtes werden Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für Anspruchsberechtigte von Leistungen nach dem SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz sowie Wohngeld und Kinderzuschlag bearbeitet. Zur Aufgabenerfüllung stehen derzeit 4,5 VZÄ in der Sachbearbeitung zur Verfügung.

Verschiedene gesetzliche Änderungen (3. Entlastungspaket des Bundes, Wohngeld – Plus-Gesetz, Einführung Bürgergeld) haben zu steigenden Antragszahlen in den Bereichen Wohngeld, Kinderzuschlag und Sozialhilfe nach SGB XII geführt, was wiederum zu einer erhöhten Anzahl an Berechtigten auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket geführt hat, so dass es zu Rückständen in der Antragsbearbeitung gekommen ist.

Darüber hinaus hat der Magistrat (Vorlage Nr. III/11/2024) Maßnahmen beschlossen, die das Spektrum des Bildungs- und Teilhabepaketes leistungsberechtigten Familien noch einfacher zugänglich machen sollen. Das Sozialamt erwartet daher einen weiteren Anstieg der Antragszahlen. Zur Bearbeitung der entstandenen Rückstände sowie der erwarteten steigenden Antragszahlen hat das Sozialamt 4,0 unbefristete anerkannte Bedarfe beantragt.

Unter Berücksichtigung der Anzahl der Leistungsberechtigten sowie der Antragszahlen und aktuellen Bearbeitungsrückstände ist der beantragte Stellenbedarf im Umfang von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen nachvollziehbar.

Vor dem Hintergrund jedoch, dass eine gesicherte Prognose über den Anstieg der Antragszahlen aufgrund der vom Magistrat beschlossenen Maßnahmen aktuell nicht möglich ist, aufgrund der noch ausstehenden abschließenden Erarbeitung einer Neukonzeption des BuT-Systems (Auftrag des Magistrats aus dem Jahr 2022 an die Ämter 40, 50, 51 und III/1) mit der Erwartungshaltung der Reduzierung der einzusetzenden Personalressourcen sowie aufgrund der beabsichtigten Einführung der Kindergrundsicherung in 2025, in der die BuT-Leistungen aufgehen würden, ist derzeit eine unbefristete Bewilligung abzulehnen. Die Organisationsabteilung des Personalamtes empfiehlt stattdessen eine Befristung der Bedarfe bis zum 31.12.2026.

## **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), entsprechend der vorhandenen Sachbearbeiter:innenstellen) befristet bis zum 31.12.2026 für das Sozialamt, Abschnitt „Sonstige Leistungen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“.

## **C Alternativen**

Der Personal- und Organisationsausschuss folgt dem Antrag des Sozialamtes und dem Beschluss des zuständigen Fachausschusses vom 13.05.2024 und beschließt die Anerkennung von 4,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), entsprechend der vorhandenen Sachbearbeiter:innenstellen) für das Sozialamt, Abschnitt „Sonstige Leistungen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“.

## **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von einer Besetzung der 4,0 Bedarfe frühestens zum 01.10.2024, entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 56.600 € brutto. Ab dem Jahr 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 226,500 € brutto/Jahr, mithin bis zum Auslaufen der vorgeschlagenen Befristung insgesamt ca. 453.000 € brutto. Drittmittel stehen zur Finanzierung der Kosten nicht zur Verfügung, die Kosten sind vielmehr vollständig aus dem Budget des Sozialamtes bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren und belasten daher den kommunalen Haushalt wie dargestellt.

Aussagen zu den räumlichen Auswirkungen des Beschlussvorschlages sind nicht möglich.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

## **E Beteiligung / Abstimmung**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung wurde in seiner Sitzung am 13.05.2024 beteiligt.

Zu gegebener Zeit sind im Rahmen der Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

## **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

## **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), entsprechend der vorhandenen Sachbearbeiter:innenstellen) befristet bis zum 31.12.2026 für das Sozialamt, Abschnitt „Sonstige Leistungen“, Abschnitt „Bildung und Teilhabe“.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 20/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Anerkennung eines 0,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildung- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen**

### **A Problem**

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen ist u. a. für die Gewährung von Leistungen im Rahmen von „Bildung und Teilhabe“ zuständig. Im Sachgebiet „Haushalt, Zuwendungen“ steht hierfür eine 0,5 Stelle zur Verfügung.

In den vergangenen Jahren ist die Abrechnung von Bildung- und Teilhabegutscheinen deutlich angestiegen. Während im Zeitraum 2013 bis 2015 insgesamt 2.291 Gutscheine abgerechnet wurden, ist die Anzahl der abgerechneten Gutscheine im Zeitraum 2021 bis 2022 auf 6.171 angestiegen. Die Tendenz ist weiterhin steigend.

Darüber hinaus hat der Magistrat (Vorlage Nr. III/11/2024) Maßnahmen beschlossen, mit denen das Spektrum des Bildungs- und Teilhabepaketes leistungsberechtigten Familien noch einfacher zugänglich gemacht werden sollen. Aufgrund der dargestellten Steigerung der Antragszahlen in der Vergangenheit und der erwarteten zunehmenden Antragstellungen beantragt das Amt für Jugend, Familie und Frauen einen 0,5 überplanmäßig anerkannten Bedarf, befristet bis zum 31.12.2026 zur Aufstockung der vorhandenen 0,5 Planstelle.

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2026, zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildung- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von einer Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung zum 01.07.2024, entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 13.350 € brutto. Ab 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 26.700 € brutto/Jahr, mithin bis zum Auslaufen der Befristung insgesamt ca. 53.400 € brutto. Drittmittel stehen zur Finanzierung der Kosten nicht zur Verfügung, sie sind vielmehr vollständig aus dem Budget des Amtes für

Jugend, Familie und Frauen bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren und belasten daher den kommunalen Haushalt wie dargestellt.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen hat in seiner Sitzung am 16.05.2024 zugestimmt.

Zu gegebener Zeit sind im Rahmen der Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung der betroffenen Mitarbeiterin die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 0,5 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet bis zum 31.12.2026, zur Abrechnung und Bearbeitung von Bildung- und Teilhabegutscheinen für das Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 21/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Anerkennung von zusätzlichen 3,6 überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen**

#### **A Problem:**

Auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven, erfolgt eine Strukturförderung für die Erbringung, Finanzierung und Kostenteilung von Eingliederungshilfen für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder in sogenannten Schwerpunkteinrichtungen. Aktuell finanziert das Land in der Stadtgemeinde Bremerhaven 308 Plätze.

In der aktuellen Anmeldesituation zeichnet sich ein weiterer Bedarf an Schwerpunktplätzen ab. Insgesamt ist von drei zusätzlichen Gruppen auszugehen, die in den Kindertagesstätten Batteriestraße, Otto-Oellerich-Straße und Columbus Center eingerichtet werden sollen.

Für die Umwandlung von Ganztagskindergartengruppen in Schwerpunktgruppen entsteht ein zusätzlicher Stellenbedarf von insgesamt 3,6 Stellen erzieherisches Personal S 4 - S 8b TVöD (Entgeltordnung/VKA).

#### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch das Land, 3,6 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für erzieherisches Personal (Entgeltgruppe S 4 - S 8b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen.

#### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

#### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von der Einrichtung der zusätzlichen 3 Schwerpunktgruppen mit Beginn des neuen Kindergartenjahres (01.08.), entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 100.850 € brutto. Ab 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 242.000 € brutto/Jahr. Da die zusätzlichen Personalkosten durch das Land Bremen finanziert werden, wird der kommunale Haushalt nicht belastet.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen hat in seiner Sitzung am 16.05.2024 zugestimmt.

Im Rahmen der Besetzung werden die Mitbestimmungsgremien beteiligt.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung durch das Land Bremen, 3,6 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für erzieherisches Personal (Entgeltgruppe S 4 - S 8b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Zum nächstmöglichen Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 22/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Anerkennung eines 0,625 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung "Organisation/Stellenbewertung" des Personalamtes**

#### **A Problem**

Die Abteilung „Organisation/Stellenbewertung“ des Personalamtes, die zum 01.03.2023 neu eingerichtet wurde, ist mit 4,0 VZÄ ausgestattet. Die Besetzung dieser 4 Stellen stellt sich seither wie folgt dar:

#### 1,175 Stellen besetzt ab 01.03.2023:

Zum 01.03.2023 konnten zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit gewonnen werden, die insgesamt 1,175 Stellen (46,5 Stunden/Woche) besetzten. Eine der beiden Mitarbeiterinnen verfügte aus ihrer bisherigen Tätigkeit über Kenntnisse im Bereich der Stellenbewertung, in den Aufgabenkreis der Organisation mussten sich beide Mitarbeiterinnen einarbeiten.

#### 3,175 Stellen besetzt ab 01.04.2023:

Zum 01.04.2023 konnten weitere 2 Stellen jeweils in Vollzeit besetzt werden. Bei beiden Mitarbeiterinnen handelte es sich um Einstellungen von extern. Eine Mitarbeiterin verfügte aus ihrer bisherigen Tätigkeit über Kenntnisse im Bereich der Stellenbewertung. Beide Mitarbeiterinnen mussten sich neben der Aneignung der jeweils fehlenden Fachkenntnisse, zusätzlich in die Verwaltungsstrukturen und –abläufe des Magistrats einarbeiten.

#### 2,5 Stellen besetzt ab 15.05.2023:

Zum 15.05.2023 begann für eine in Teilzeit beschäftigte Mitarbeiterin Mutterschutz mit nachfolgender Elternzeit.

#### 3,0 Stellen besetzt ab 01.08.2023:

Zum 01.08.2023 konnte eine weitere teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterin von extern eingestellt werden, die sich neu in die Aufgabenbereiche und die hiesigen Verwaltungsstrukturen und –abläufe einarbeiten musste.

#### 2,0 Stellen besetzt ab 01.10.2023:

Mit Ablauf des 30.09.2023 schied eine in Vollzeit beschäftigte Mitarbeiterin wieder aus.

#### 4,0 Stellen besetzt ab 01.02.2024:

Zum 01.02.2024 konnten zwei Mitarbeiterinnen in Vollzeit gewonnen werden, wobei die Besetzung einer Stelle als Elternzeitvertretung umzusetzen war. Beide Mitarbeiterinnen verfügen über keinerlei Vorkenntnisse im Aufgabenfeld Organisation/Stellenbewertung, eine Mitarbeiterin ist zudem neu beim Magistrat und muss sich daher zusätzlich in die hiesigen Ver-

waltungsstrukturen und –abläufe einarbeiten.

Zu der dargestellten Personalsituation hinzu tritt ein erhebliches Arbeitsaufkommen sowohl im Bereich Organisation (u. a. Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Amt für Jugend, Familien und Frauen, Begleitung der weiteren Phasen der Organisationsentwicklung im Amt für Jugend, Familie und Frauen, Organisationsentwicklung im Gesundheitsamt, Beschaffung einer neuen Finanzsoftware in der Stadtkämmerei, Organisationsuntersuchung in der Leitstelle der Feuerwehr sowie verschiedene organisatorische Einzelsachverhalte in unterschiedlichen Ämtern des Magistrats) als auch im Bereich Stellenbewertung (zahlreiche Bewertungen infolge der Organisationsuntersuchung im Amt für Jugend, Familie und Frauen, Fastlane-Stellen, zahlreiche Bewertungen nach Bewilligungen anerkannter Bedarfe, Bewertungsanträge von Beschäftigten).

Im Bereich der Stellenbewertung wird den Stellen, die vor einer Ausschreibung und Besetzung bewertet werden müssen (sog. prognostische Bewertungen), Priorität eingeräumt, um die Arbeitsbelastung der übrigen Mitarbeitenden in den betroffenen Organisationseinheiten so gering wie möglich zu halten. Die Vielzahl der notwendigen prognostischen Bewertungen und die noch nicht abgeschlossene Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen machen eine Bearbeitung von Stellenbewertungsanträgen von Beschäftigten derzeit jedoch nahezu unmöglich. Erschwerend kommt hinzu, dass auch aus der Zeit vor der Einrichtung der Abteilung „Organisation/Stellenbewertung“ noch eine Vielzahl von unbearbeiteten Bewertungsanträgen existieren.

Verständlicherweise häufen sich die Nachfragen von Beschäftigten zum Bearbeitungsstand ihres Bewertungsantrages, nicht selten verbunden mit Unmutsäußerungen.

Die im September 2024 bevorstehende Rückkehr der Mitarbeiterin aus der Elternzeit bietet unter der Voraussetzung der Bewilligung eines 0,625 üpl. anerkannten Bedarfs (zunächst befristet für die Dauer von 2 Jahren ab Besetzung) die Möglichkeit, diese Mitarbeiterin, die im Aufgabenbereich Stellenbewertung eingearbeitet ist, zusätzlich zu dem vorhandenen Personal und ausschließlich für die Bearbeitung der Stellenbewertungsanträge von Beschäftigten einzusetzen, um die Bearbeitungsrückstände abzubauen.

## **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt einen 0,625 überplanmäßig anerkannten Bedarf (Besoldungsgruppe A 11 BremBesO), befristet für die Dauer von 2 Jahren ab Besetzung, für die Abteilung „Organisation/Stellenbewertung“ des Personalamtes zum Abbau der Bearbeitungsrückstände im Bereich der Stellenbewertungsanträge der Beschäftigten des Magistrats.

## **C Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

## **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Ausgehend von einer Besetzung des üpl. Bedarfs ab Mitte September 2024, entstehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 11.000 € brutto. Im Haushaltsjahr 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 37.300 € brutto und im Haushaltsjahr 2026 bis zum Auslaufen der Befristung ca. 26.500 € brutto. Drittmittel stehen zur Finanzierung der Kosten nicht zur Verfügung, sie sind vielmehr vollständig aus dem Budget des Personalamtes bzw. aus dem Ausschussbereich zu finanzieren und belasten daher den kommunalen Haushalt wie dargestellt.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

#### **E Beteiligung / Abstimmung**

Die zuständigen Mitbestimmungsgremien sind im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zu beteiligen.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt einen 0,625 überplanmäßig anerkannten Bedarf (Besoldungsgruppe A 11 BremBesO), befristet für die Dauer von 2 Jahren ab Besetzung, für die Abteilung „Organisation/Stellenbewertung“ des Personalamtes zum Abbau der Bearbeitungsrückstände im Bereich der Stellenbewertungsanträge der Beschäftigten des Magistrats.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 23/2024</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Anerkennung von 3,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung des Projektes "Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit" im Sozialamt**

#### **A Problem**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat den Magistrat mit Beschluss vom 08.02.2023 beauftragt, ein Konzept zur langfristigen Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu erarbeiten sowie alternative Wohnformen wie Housing First und Little Homes zu prüfen.

Als erste Maßnahme zur wirksamen Begegnung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, hat der Personal- und Organisationsausschuss am 30.01.2024 2,0 überplanmäßige Bedarfe für Sozialarbeiter:innen beschlossen.

Darüber hinaus hat das Sozialamt mit einer Interessenbekundung auf das Bundesförderprogramm „EhAP Plus – Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“ reagiert, das ebenfalls die Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den Blick nimmt, und Personalkosten für zusätzliche 3,5 Stellen beantragt. Im Falle einer erfolgreichen Interessenbekundung wird das Sozialamt im Laufe des Junis durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgefordert werden, einen Fördermittelantrag zu stellen. Nach Mitteilung des Sozialamtes ist nachfolgend mit einer Bewilligung der Fördermittel (die Zuwendungshöhe beträgt 95%) im Herbst zu rechnen. Die Förderrichtlinie legt eine Projektlaufzeit vom 01.12.2024 bis 31.12.2028 fest.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 13.05.2024, vorbehaltlich der Förderung durch das Bundesprogramm EhAP-Plus, der Anerkennung von 3,5 üpl. Bedarfen zugestimmt und bittet den Personal- und Organisationsausschuss um eine gleichlautende Beschlussfassung.

Aus Sicht des Personalamtes (Organisationsabteilung), sind wesentliche im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes stehende Aspekte, insbesondere die organisatorische Anbindung des Aufgabenfeldes „Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ innerhalb des Sozialamtes sowie die konkreten Aufgabeninhalte und die daraus resultierenden Qualifikationsanforderungen der beantragten Stellen, noch zwischen Personalamt und Sozialamt abschließend zu besprechen und abzustimmen. Gleichwohl erkennt das Personalamt vor dem Hintergrund der oben dargestellten Zeitschiene die Notwendigkeit an, für den Fall der Bewilligung der beantragten Förderung bereits jetzt überplanmäßig anerkannte Bedarfe zu beschließen, um das Sozialamt in die Lage zu versetzen, mit der Umsetzung des Projektes unmittelbar nach Erhalt

eines Bewilligungsbescheides beginnen zu können.

### **B Lösung**

Vorgeschlagen wird, für das Sozialamt 3,5 überplanmäßige Bedarfe für den Zeitraum vom 01.12.2024 bis 31.12.2028 für das Projekt „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ zu bewilligen, diese Bewilligung jedoch unter den Vorbehalt der Förderung durch das Bundesprogramm EhAP-Plus sowie unter den Vorbehalt der abschließenden Klärung der zwischen dem Personalamt und dem Sozialamt noch offenen organisatorischen Fragestellungen bis zum Projektbeginn zu stellen.

### **C Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Laut Vorlage Nr. III-S 12/2024-1 des Sozialamtes für den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beträgt der kommunal zu leistende Eigenanteil (5%) im Haushaltsjahr 2024 ca. 2.100 € brutto. Für das Jahr 2025 weist die Fachausschussvorlage einen Eigenanteil in Höhe von ca. 26.000 € aus.

Zu zusätzlichen Raumbedarfen enthält die Fachausschussvorlage keine Aussagen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Die zuständigen Mitbestimmungsgremien sind im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt für das Sozialamt 3,5 überplanmäßige Bedarfe für den Zeitraum vom 01.12.2024 bis 31.12.2028 zur Umsetzung des Projektes „Verringerung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Förderung der Personalkosten durch das Bundesprogramm EhAP-Plus sowie der abschließenden Klärung der zwischen dem Personalamt und dem Sozialamt noch offenen organisatorischen Fragestellungen bis zum Projektstart.

Das Personalamt wird gebeten, den Personal- und Organisationsausschuss in seiner nächsten Sitzung über den Sachstand bezüglich der Bewilligung der Fördermittel sowie die Details zu den überplanmäßigen Bedarfen (organisatorische Anbindung, Qualifikationen) mittels Vorlage zu informieren.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. 25/2024 - TISCHVORLAGE</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses/Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT).		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Sitzungstermine des Personal- und Organisationsausschusses und des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) für das Jahr 2025**

Die Sitzungstermine des Personal- und Organisationsausschusses und des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) wurden von den Vorsitzenden unter Berücksichtigung der geplanten Termine der Bremischen Bürgerschaft und der Ferientermine wie folgt festgesetzt:

- 05.03.2025 (Mittwoch)
- 03.06.2025 (Dienstag)
- 24.09.2025 (Mittwoch)
- 03.12.2025 (Mittwoch).

Die Sitzungen finden im Raum 237 (großer Sitzungssaal, Stadthaus 1) statt.

Geplanter Beginn jeweils 16.00 Uhr.

Die Sitzungen des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) beginnen jeweils im Anschluss an die Sitzungen des Personal- und Organisationsausschusses.

Erforderliche Änderungen bleiben vorbehalten.

### **Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss und der Betriebsausschuss des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) nehmen von der Terminplanung für das Jahr 2025 Kenntnis.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz  
Oberbürgermeister